



Fortbestehen des in den 50er Jahren eingeführten Gesetzes „Armed Forces Special Power Act (AFSPA)“. Es ermächtigt die indische Armee, in Gebieten mit Gewaltkonflikten Zivilist:innen ohne gerichtlichen Beschluss festzunehmen und ‘verdächtige Personen‘ zu töten. Im Dezember 2021 wurden von Soldaten – aufgrund eines ‚falscher Geheimdienstinformationen‘ wie die Regierung Indiens erklärte – vierzehn Minenarbeiter im nordostindischen Bundestaat Nagaland getötet. Zivilgesellschaftlichen Organisationen gelang es anschließend durch öffentliche Proteste und Petitionen von der Unionsregierung die Zusage zu erhalten, dass die territoriale Reichweite dieses Gesetzes deutlich eingeschränkt wird.

Am Ende des Workshops wurde das Fazit gezogen, dass es zivilgesellschaftlichen Akteuren in Nepal und Nordostindien unter bestimmten Bedingungen möglich ist, trotz steigender staatlicher Kontrolle, Rechte zu verteidigen.

*Bericht von Dieter Reinhardt*